

Frau
Julia Klöckner
Bundesministerin für Ernährung und Landwirtschaft

Frau
Svenja Schulze
Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit

-Via E-Mail-

Berlin, 26.08.2020

Offener Brief: Verhindern Sie eine Kompromittierung Deutschlands bei der Abstimmung über das Verbot bleihaltiger Schrotmunition in Feuchtgebieten

Sehr geehrte Frau Bundesministerin Klöckner, sehr geehrte Frau Bundesministerin Schulze,

am 3. September 2020 stimmen die EU-Mitgliedsstaaten im REACH-Regelungsausschuss über ein Verbot von bleihaltiger Schrotmunition in Feuchtgebieten ab. Angesichts der klaren Faktenlage über die verheerenden Auswirkungen bleihaltiger Munition auf Tiere, Umwelt und Verbraucherinnen und Verbraucher fordern wir Sie auf, der Vorlage der Europäischen Kommission in der vorliegenden Form zuzustimmen. Diese enthält bereits weitreichende Kompromisse und Übergangsfristen, die auch auf Ihr Betreiben aufgenommen wurden. Angesichts der ökologischen Dringlichkeit wäre eine Verlängerung der Übergangsfrist über die vorgeschlagenen zwei Jahre aus unserer Sicht nicht hinnehmbar, zumal eine derartige Modifizierung der Beschlussvorlage nach unserer Kenntnis auf eine erneute Verschiebung der Entscheidung hinausliefe.

Die Jagd mit bleihaltiger Munition hat dramatische Auswirkungen auf die Natur. Mehr als eine Million Wasservögel sterben jährlich in der EU an den direkten Folgen einer Bleivergiftung. Giftiges Blei landet tonnenweise in der Umwelt und gefährdet die menschliche Gesundheit. Diese negativen Auswirkungen sind absolut vermeidbar, denn auf dem Markt gibt es schon seit langem bleifreie Munition, die erwiesenermaßen tierschutzgerecht tötet, ohne dabei toxische Nebenwirkungen für Mensch und Natur zu verursachen.

In 14 Bundesländern ist schon heute die Verwendung von bleihaltigem Schrot bei der Jagd auf Wasserferdwild an und über Gewässern verboten. Es ist also davon auszugehen, dass in Deutschland bereits seit vielen Jahren weitaus überwiegend mit bleifreier Schrotmunition gejagt wird – umso unverständlicher wäre eine Ablehnung oder auch nur Enthaltung Deutschlands bei der kommenden Abstimmung.

Bitte folgen Sie der EU-Kommission, der Europäischen Chemikalienagentur sowie der Position vieler anderer Mitgliedstaaten wie etwa Frankreich und stellen Sie sicher, dass die Bundesregierung ihre Verantwortung für den Natur-, Umwelt- und Gesundheitsschutz wahrnimmt. Eine Ablehnung dieser längst überfälli-

gen Regelung wäre eine herbe Enttäuschung während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft. Deutschland muss der besonderen Verantwortung während der Ratspräsidentschaft nachkommen und dafür sorgen, dass die 27 Mitgliedstaaten der EU diese wichtige Entscheidung auf der kommenden Ausschusssitzung im September treffen.

Mit freundlichen Grüßen und im Namen aller unterzeichnenden Verbände

Undine Kurth

Undine Kurth

Vizepräsidentin Deutscher Naturschutzring



Unterzeichnende Verbände:

Aktionsgemeinschaft Artenschutz e.V., Birgit Braun, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied
Bodensee-Stiftung, Marion Hammerl, Geschäftsführerin
Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V., Olaf Bandt, Bundesvorsitzender
Bund gegen Missbrauch der Tiere e.V., Torsten Schmidt, Wiss. Mitarbeiter
Bund Naturschutz in Bayern e.V., Richard Mergner, Vorsitzender
Bundesverband Boden e.V., Prof. Dr. Berndt-Michael Wilke, Präsident
Bundesverband für Umweltberatung e.V., Dr. Stefan Müssig, Vorstandsmitglied
Bundesverband Tierschutz e.V., Jörg Styrie, Geschäftsführer
Chem Trust Europe e.V., Dr. Ninja Reineke, Vorstandsvorsitzende
ClientEarth - Anwälte der Erde e.V., Prof. Dr. Hermann Ott, Vorstandsvorsitzender
Deutscher Tierschutzbund e.V., Thomas Schröder, Präsident
Deutsche Umwelthilfe e.V., Sascha Müller-Kraenner, Geschäftsführer
Euronatur Stiftung, Gabriel Schwaderer, Geschäftsführer
Forum Umwelt und Entwicklung, Jürgen Maier, Geschäftsführer
Future for Elephants e.V., Dr. Christian Felix, Mitglied im Vorstand
Global Nature Fund, Marion Hammerl, Präsidentin
Grüne Liga e.V., Rene Schuster, Bundesvorsitzender
Health and Environment Justice Support e.V., Alexandra Caterbow, Co-Director
Landesbund für Vogelschutz in Bayern e.V., Helmut Beran, Geschäftsführer
Michael Succow Stiftung, Jan Peters, Geschäftsführer
NaturFreunde Deutschlands e.V., Maritta Strasser, Bundesgeschäftsführerin
Naturgarten e.V., Ulrike Aufderheide, Vorstand Politik und Verbände
Naturschutzbund Deutschland e. V., Leif Miller, Geschäftsführer
Ökologischer Jagdverband e.V., Elisabeth Emmert, Bundesvorsitzende
Pro Wildlife e.V., Andrea Höppner, Vorsitzende
Schutzstation Wattenmeer e.V., Harald Förster, Geschäftsführer
Stiftung Naturlandschaften Brandenburg, Dr. Andreas Meißner, Geschäftsführer
Umweltinstitut München e.V., Fabian Holzheid, politischer Geschäftsführer
Verband der deutschen Höhlen- und Karstforscher e.V., Bärbel Vogel, Vorsitzende
VIER PFOTEN Stiftung für Tierschutz, Rüdiger Jürgensen, Geschäftsführer Deutschland
Vogelschutz-Komitee e.V., Dr. Eberhard Schneider, Präsident
WWF Deutschland, Christoph Heinrich, Vorstand Naturschutz